

Inflation belastet Bürger viel stärker als bisher vermutet

Neue Berechnungen zeigen hohen Kaufkraftverlust

Von Inga Michler

Die Deutschen sind von der Inflation stärker betroffen, als es die offiziellen Statistiken ausweisen. Darauf deuten zwei Untersuchungen hin, die der "Welt am Sonntag" vorliegen. Nach Rechnung des angesehenen Statistikers Hans Wolfgang Brachinger ist die "wahrgenommene Inflation" zuletzt deutlich gestiegen und betrug im August 5,2 Prozent. Das ist mehr als zweieinhalbmal höher als die offizielle Teuerungsrate. Empfänger von Hartz IV haben nach Rechnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes seit der Festlegung der Leistungshöhe 2004 rund 4,6 Prozent ihrer Kaufkraft verloren.

Brachinger ist einer der führenden Experten für Preisindizes. Er lehrt Statistik an der Schweizer Universität Fribourg. Seine Berechnung bestätigt den Eindruck vieler Verbraucher in Deutschland, dass in den vergangenen Monaten von Milch über Strom bis zu Fahrkarten der Bahn vieles deutlich teurer geworden ist. In der amtlichen Statistik schlug sich dies bisher aber kaum oder nur schwächer nieder. Diese Woche stieg auch die offizielle Teuerungsrate immerhin auf 2,5 Prozent und damit erstmals seit 19 Monaten über den für Währungshüter der Notenbanken kritischen Wert von zwei Prozent.

"Der offizielle Verbraucherpreisindex misst im gewissen Sinn an den Menschen vorbei", sagte Brachinger. In seinem Index der "wahrgenommenen Inflation" gibt er Gütern ein höheres Gewicht, die besonders häufig gekauft werden. Der Ärger über Preissteigerungen sei bei Produkten des täglichen Bedarfs wie Brot, Milch oder Obst besonders groß. Er überwiege auch die Freude über billigere Produkte, die aber selten gekauft werden, etwa Fernseher oder Computer. In Brachingers Index sind zudem Preissteigerungen höher gewichtet als Senkungen, da sie auch stärker wahrgenommen würden.

Mit seinem Index sorgte Brachinger 2005 für Aufsehen, als er nachwies, dass viele Menschen den Euro mit guten Gründen als "Teuro" wahrnahmen. Seit Januar 2006 entwickelten sich nun die offizielle Statistik und die Wahrnehmung wieder stärker auseinander. Von Januar 2006 bis August 2007 stieg die "wahrgenommene Inflation" im Mittel um 3,94 Prozent. Dies war ständig doppelt so hoch wie die offiziellen Preisindizes. Politische Debatten hatten die Preiserhöhungen für Strom, Gas und Lebensmittel vor allem im Zusammenhang mit Hartz IV ausgelöst. Der Paritätische Wohlfahrtsverband errechnete nun, dass Empfänger von Hartz IV seit dem Start der Sozialleistung mit dem Regelsatz von 347 Euro rund 16 Euro an Kaufkraft eingebüßt haben. Sie können sich derzeit also 4,6 Prozent weniger Waren und Dienste leisten als im Januar 2004, als der Hartz-IV-Satz berechnet wurde.

"Für jemanden, der ohnehin knapp bei Kasse ist, ist das besonders schmerzhaft", sagt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Ulrich Schneider. In einem Brief an Arbeitsminister Franz Müntefering fordert Schneider, den Regelsatz auf 364 Euro im Monat zu erhöhen. Künftig müsse Hartz IV an die Inflation statt an die Renten gekoppelt werden, so wie bis 1996 bei der alten Sozialhilfe. Sonst würden die Betroffenen unter die Armutsgrenze gedrückt, so Schneider.